

Kommunismus und Nation

Textauszug aus „China – ein Lehrstück“, Teil I, Kapitel 2

Befreiung der *Nation* und Befreiung der unterdrückten *Klassen* gehören für die chinesischen Kommunisten von Anfang an zusammen.

»Aus dieser Lage kann es keine Rettung geben, wenn China sich nicht selbst aufrafft zu einer das ganze Land umfassenden Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. (...) Wir hoffen immer noch, dass alle revolutionären Elemente unserer Gesellschaft zur GMD stoßen werden, um den Sieg der nationalen Revolutionsbewegung zu beschleunigen. Gleichzeitig hoffen wir, dass die GMD entschlossen ihre beiden bisherigen Leitgedanken, das Vertrauen zum Ausland und die Konzentration auf die militärische Gewalt, fallen lässt. (...) Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des In- und Auslandes sowie der Leiden und Nöte derjenigen Klassen der chinesischen Gesellschaft (Arbeiter, Bauern, Industrielle und Kaufleute), die dringend die nationale Revolution brauchen, vergisst die KPCh keinen Augenblick, dass sie die Interessen der Arbeiter und Bauern vertritt. (...) Es ist unsere Sendung, die unterdrückte chinesische Nation durch eine nationale Revolution zu befreien und zur Weltrevolution fortzuschreiten, welche die unterdrückten Völker und die unterdrückten Klassen der ganzen Welt befreien wird.

Es lebe die nationale Revolution Chinas!

Es lebe die Befreiung der unterdrückten Völker der Welt!

Es lebe die Befreiung der unterdrückten Klassen der Welt!«

Manifest des Dritten Nationalkongresses der KPCh, Juni 1923, zit. nach Brandt/Schwartz/Fairbank 1955: 49f.

Und sie kennen eine klare Reihenfolge in der Erreichung dieser Ziele: Die *nationale* Revolution gilt ihnen als entscheidende *Voraussetzung*, um das Elend der unterdrückten Klassen beenden zu können. Damit verknüpfen die chinesischen Revolutionäre programmatisch zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, ja sogar einen regelrechten *Widerspruch* beinhalten: Kommunismus und Nationalismus. Die Befreiung Chinas von den ausländischen Mächten ist ein Kampf um die Souveränität einer *Nation*. In ihm treten die Kommunisten als *chinesische Patrioten* an, die sich als solche mit den bürgerlichen Kräften und der nationalen Bourgeoisie *zusammenschließen*. Das Resultat dieses Kampfs – ein freies und geeintes China – soll der erste und entscheidende Schritt zur Lösung aller weiteren Fragen sein, die sie *als Kommunisten* aufwerfen und lösen wollen. Der *Grund* für die elenden Zustände der chinesischen Massen, die sie als kommunistische Opposition kritisieren und praktisch überwinden wollen, liegt allerdings nicht in einer Fremdherrschaft auswärtiger Mächte, sondern in den herrschaftlich festgeklopften *Produktionsverhältnissen*, denen Bauern und Arbeiter unterworfen sind und in denen sie ausgebeutet werden: *Grundeigentum* auf dem Land, kapitalistische *Produktion* in den Städten. Vom Standpunkt einer kommunistischen Bewegung muss also diese Eigentumsordnung beseitigt werden, um eine geplante Produktion zum Nutzen aller Produzenten einzurichten. Die *Nationalität* der Grundbesitzer bzw. Eigentümer – ob Japaner, Deutsche oder Chinesen – ist für diesen Kampf ganz und gar gleichgültig; sie *wird* allenfalls dann interessant, wenn imperialistische Staaten die Beschneidung der Eigentümerinteressen ihrer Bürger nicht hinnehmen und gewaltsam intervenieren. Aber auch in dem Fall wäre nicht eine *Nation* zu verteidigen, sondern das, was sich die Revolutionäre erkämpft haben: Die Freiheit, sich ein Leben zu ihrem Nutzen einzurichten.

In ihrem »Manifest« gestehen die chinesischen Kommunisten selbst unfreiwillig ein, dass in ihrem Entschluss zur »nationalen Einheitsfront« ein Widerspruch steckt. Sie beteuern ausdrücklich, die Interessen der Arbeiter und Bauern nicht darüber *vergessen* zu wollen, dass sie sich zunächst einmal für die *nationale* Revolution stark machen. Warum ist diese Versicherung nötig? Offensichtlich deshalb, weil die nationale Befreiung, die angeblich *alle* Klassen der chinesischen Gesellschaft »brauchen«, gar nicht ohne weiteres zusammenfällt mit den Interessen der Arbeiter und Bauern bzw. der kommunistischen Kritik an ihrer bisherigen ökonomischen Ausbeutung und ihrer Unterdrückung durch den Staatsapparat. Der Parole zur weltrevolutionären Befreiung »aller unterdrückten Völker«

wird deshalb auch noch die von der Befreiung »aller unterdrückten Klassen« hinterher geschickt – auch das ein deutlicher Hinweis, dass es sich dabei um zwei verschiedene Paar Stiefel handelt und die Befreiung der unterdrückten Klassen noch in gar keiner Weise eingeleitet ist, wenn ein Volk »sich selbst bestimmt«. Die chinesischen Kommunisten peilen mit ihren Beteuerungen und Windungen allerdings genau die umgekehrte Aussage an. Sie behaupten, dass es keinen gravierenden Gegensatz gibt zwischen der Sache der Nation und ihrem kommunistischen Programm, sondern dass im Gegenteil beides zusammenpasst und unverbrüchlich zusammengehört.

Sehr unbefangen schreibt sich die chinesische KP also beides zugleich auf die Fahnen: Kommunismus und Nationalismus, Befreiung der Massen von Ausbeutung und Befreiung der Nation von äußeren und inneren Fesseln. So wenig sie theoretisch etwas von der Unverträglichkeit beider Ziele wissen bzw. gelten lassen will, so sehr macht sich diese in ihrer praktischen Verfolgung derselben immer wieder geltend. Um den Nachvollzug der Darstellung dieser widersprüchlichen Politik und ihrer Verlaufsformen in den Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus zu erleichtern, hier einige grundsätzliche Überlegungen zur notwendigen Unverträglichkeit von Kommunismus und Nationalismus (die auch zur Kritik anderer sozialistischer Staatsprojekte der bisherigen Geschichte ermuntern wollen).

1. Im »Kommunistischen Manifest« heißt es kurz und bündig: »Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.« (Marx/Engels 1848: 473) Marx und Engels denken dabei daran, dass das Anliegen der sozialistischen oder kommunistischen Revolution – die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeutung abzuschaffen – nicht an irgendwelchen Landesgrenzen endet. Deshalb ist der revolutionäre *Klassenkampf*, zu dem sie aufrufen, seinem *Inhalt* nach inter-national, auch wenn die Revolutionäre sich zunächst einmal mit ihrem jeweiligen *nationalen* Staat auseinanderzusetzen haben, der mit seiner Gewalt das Eigentum schützt. Dieser Gedanke war den beiden ganz selbstverständlich – vor allem angesichts dessen, was sie im »Manifest« auf den Seiten davor betrachten: Wie sich die aufstrebende westeuropäische Bourgeoisie gerade anschickt, die *Welt* zu erobern und mit ihren Gewinnrechnungen vor nichts und niemand Halt macht – schon gar nicht vor irgendwelchen überkommenen nationalen Gewohnheiten bzw. Sitten und Bräuchen.¹

Ähnlich selbstverständlich war für sie der Gedanke, dass es sich bei dem *politischen* Kampf, den eine revolutionär gestimmte Arbeiterbewegung insofern zu führen hat, um einen Kampf handeln müsste, der zumindest letztlich – nach einer Zwischenetappe, die sie ohne jeden Hang zur Beschönigung die »Diktatur des Proletariats« nannten – die Staatsgewalt überhaupt beseitigt. In der neuen sozialistischen Gesellschaft wird mit der Klasse der die Arbeiter ausbeutenden kapitalistischen Eigentümer der *Klassengegensatz* überhaupt abgeschafft; bei der neuen, gemeinschaftlich geplanten Produktion handelt es sich erstmals um die Ökonomie einer Gesellschaft, deren *Ziel* darin besteht, ihre Mitglieder zu versorgen und die das – auf Basis des erreichten Fortschritts der Produktivkräfte – auch leisten *kann*; in dieser Gesellschaft werden die antagonistischen Gegensätze zwischen den Klassen, die in den bisherigen Etappen der Menschheitsgeschichte in welcher Form auch immer präsent waren, endlich überwunden – damit entfallen dann auch die Gründe für die (Fort-)Existenz von herrschaftlichem Zwang. Ausschluss vom Reichtum und Ausbeutung einer Klasse durch eine andere sind bisher einhergegangen mit ihrer Sicherung durch staatliche Gewalt; gibt es sie nicht mehr, »stirbt der Staat« allmählich ab; übrig bleiben die funktionellen Leistungen einer Verwaltung für das, was die Mitglieder der Gesellschaft sich an Produktion und Versorgung leisten wollen: »An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen.« (Engels 1882: 224)

Es entfallen aber nicht nur die Gründe, Gewalt im *Innern* der Gesellschaft auszuüben. Das neue kommunistische Gemeinwesen kennt keine ökonomischen Interessen oder politischen Zwecke, für die

¹ »Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.« (Marx/Engels 1848: 479)

es Sinn macht, Gewalt nach *außen* zu entfalten: Es konkurriert nicht um Reichtumsquellen oder Absatzmärkte; der revolutionäre Wille, die kapitalistische Ökonomie auch andernorts zu beseitigen, ist darauf angewiesen, dass sich die jeweils Geschädigten vor Ort gegen Ausbeutung und staatliche Gewalt erheben. Unterstützung revolutionärer Bewegungen anderswo ist also etwas anderes als Eroberung fremder Staaten. Was bleibt an notwendiger Gewalt, dient dazu, die Freiheit, sich eine Gesellschaft zum Nutzen der Produzenten einzurichten, gegen ökonomische und staatliche Interessen zu verteidigen, die das nicht hinnehmen wollen.

Diese Gesellschaftskritik, die Partei, die sie durchsetzen will und die von ihr angestrebte Gesellschaft heißt »kommunistisch«, weil ihr Hauptkennzeichen darin besteht, dass sie ein *Zusammenschluss* zur *gemeinschaftlichen* Organisation der Wirtschaft ist, zum größtmöglichen Nutzen für alle an ihr Beteiligten. Die kommunistische Gemeinschaft zeichnet sich dadurch aus,

- dass ihre Mitglieder ihr – zumindest nach einer Übergangsphase – aus freiem Entschluss angehören und sich an ihr beteiligen,
- dass ihr Zweck in der möglichst rationalen Organisation einer geplanten Wirtschaft besteht,
- dass ihre Mitglieder diesen Zweck in einer sachlichen Auseinandersetzung bestimmen und nachprüfen, inwiefern seine Umsetzung mit ihren Interessen konform geht;
- dass sie über das Wohlergehen ihrer Mitglieder hinaus keinen »höheren« Wert kennt.

2. Auch in »Nation« geht es um Gemeinschaft. Es gibt vielfältige (und durchaus widersprüchliche) Versuche, sie über Sprache, Geschichte oder Kultur zu begründen. In ihnen wird eine logische Gemeinsamkeit deutlich. Das Nation konstituierende Moment wird vor allem dort gesucht, wo es Willen und Berechnung der zur Nation gehörenden Individuen *entzogen* ist: Nation ist nicht freier Wille und rationale Entscheidung, sondern – auf die eine oder andere Weise – »Gewordenes«, Tradition, Schicksal. Dass es dunstig und phrasenhaft klingt, wenn von Nation die Rede ist, ist dabei kein Zufall, sondern notwendig. Wenn von Nation gesprochen wird, geht es nicht um die Niederungen des politischen Alltags, sondern um Höheres. Hier wird ein *vorpolitischer* Zusammenhang postuliert, der den Staat und die jeweilige Regierung als Ausdruck von und Diener an einem unabhängig von ihm bereits existierenden nationalen Kollektiv erscheinen lässt – was die Wahrheit auf den Kopf stellt.

Die *staatliche Zwangsgesellschaftung*, die ein Territorium nach außen *abgrenzt* und sich im Innern ihr Volk *schafft*, wird in diesem Konstrukt legitimiert und überhöht zur *Idee* eines *großen Ganzen*, an dem oben und unten, Herrscher und Beherrschte gleichermaßen beteiligt sind. Sämtliche Unterschiede und *Gegensätze innerhalb* einer Gesellschaft – bis hin zum Klassengegensatz – werden damit für *unerheblich* erklärt gegenüber dem, was alle Stände, Schichten und Klassen »wirklich« *eint*: die Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv und die quasi natürliche Verpflichtung, seinen Erfolg zu wollen. Nation ist also die Art von Gemeinschaftlichkeit, zu der eine bürgerliche Gesellschaft mit ihren antagonistischen Gegensätzen, die die politische Herrschaft etabliert und die sie benutzt, es bringt.

Sie hat ihre *Wahrheit* in nichts anderem als in der staatlichen Aufsicht und Benutzung der kapitalistischen Klassengesellschaft. Deren ökonomisches Alltagsleben ist durch allseitige Konkurrenz gekennzeichnet, in der Bereicherung auf Kosten und durch Benutzung der anderen »Marktteilnehmer« der erklärte Zweck und ein entsprechend negativer Bezug der Konkurrenten aufeinander die Regel ist. Gerade von diesem Ausgangspunkt aus – verfäbelt in die angebliche Wolfsnatur des Menschen – werden sich die Mitglieder einer bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft allerdings seltsam *einig*: Zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegen andere und um letztere an Übergriffen auf die eigene Person und ihr Eigentum zu hindern, wollen sie eine ihr Gegeneinander fördernde und rechtlich überwachende Gewalt – den bürgerlichen Staat. Als Staatsbürger kennen sie damit tatsächlich eine Gemeinsamkeit: Sie alle sind einer herrschaftlichen Gewalt *unterworfen*; so sind sie Teil einer Nation. Dieselben Leute, die sich in ihrer alltagsweltlichen ökonomischen Konkurrenz negativ voneinander abhängig wissen und mit Misstrauen begegnen, betrachten sich staatsbürgerlich als Brüder und Schwestern.

Eine solche Veranstaltung ist notwendigerweise verlogen. Ihre Sternstunden spielen sich *jenseits* des bürgerlichen Alltags ab, als staatsoffizielle Feiern oder patriotische Massenveranstaltungen (WM!), wo es nur noch Deutsche gibt, die sich voller Nationalgefühl in die Arme fallen. Kennzeichen der Nation sind mithin,

- dass die Zugehörigkeit zur Nation Werk des Staates ist und nicht der Entscheidungsfreiheit der ihr angehörenden Individuen überlassen bleibt² und dass die staatliche Gewalt Ursprung und dauerhafte Existenzbedingung dieser Gemeinschaft ist;
- dass der Zweck der Nation sie selbst ist – einerseits unbegründbar, andererseits als über allem schwebende Phrase mit beliebigem Inhalt zu füllen;
- dass alle tatsächlichen Unterschiede und Gegensätze ihrer Mitglieder für belanglos erklärt werden, so dass nationales Wir-Gefühl nur aufkommen kann, wenn die Beteiligten gerade von ihren praktischen Interessen absehen;
- dass der jeweils gültige nationale Zweck von einer Herrschaft definiert wird und von einem dienstbereiten Volk ohne prüfende Nachfragen akzeptiert und praktisch umgesetzt wird,
- dass sie polemisch gegen alle individuellen Berechnungen steht und umgekehrt als höchster Wert für alle ihre Mitglieder fungiert – ein Wert, der im Ernstfall die Aufopferung von Gut und Leben des gesamten Volks einfordert.

3. Die Belange der Nation und kommunistische Politik lassen sich also eher schlecht miteinander vereinbaren. Das ist nicht sonderlich überraschend, sondern sehr folgerichtig – schließlich richtet sich die kommunistische Kritik genau gegen das Programm, das in »Nation« ideologisch verquast ausgedrückt wird. Während die bürgerlich-demokratischen Staaten mit der wahnhaften Irrationalität dieses nationalen Denkens nicht nur wenig Probleme haben, sondern ganz im Gegenteil in einer nationalen Leitkultur ein positives und zu förderndes Mittel kennen, ihren Gesellschaften den wünschenswerten Zusammenhalt zu verleihen, steht die kommunistische Bewegung der nationalen Ideologie kritisch gegenüber – sie definiert sich inter-nationalistisch. In ihrer Geschichte hat sie sich mit dem Problem und der Frage der Nation allerdings von Anfang an sehr schwer getan.³ Das ist erklärungsbedürftig, ohne dass dies in diesem Rahmen geleistet werden kann. Es muss an dieser Stelle bei Andeutungen bleiben:

- Eine präzise und umfassende Bestimmung dessen, was Staat und Nation in den entstehenden kapitalistischen Gesellschaften ihrer Zeit sind, haben Marx und Engels nicht geleistet. Im »kommunistischen Manifest« findet sich der Satz: »Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.« Das »nur« in dieser Aussage kann zumindest so gelesen werden, dass der Staat eigentlich *mehr* sein könne als Dienst an den Interessen der Bourgeoisie – zumal Marx/Engels betonen, dass sich die moderne Bourgeoisie selbst diesen Staat gegen seine vorherige feudale Verfasstheit erkämpft hat. Die proletarischen Kämpfe, die es seit den Anfangszeiten in den marktwirtschaftlich verfassten Staaten gegeben hat, und die wenigen praktischen Versuche, den Kapitalismus durch sozialistische Gesellschaften zu überwinden, haben sich jedenfalls mehrheitlich an dieser Vorstellung orientiert – der Idee, dass es auch eine *bessere* und letztlich *für die Arbeiterklasse nützliche Staatsgewalt* geben könne.
- Spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Arbeiterbewegung, die den Staat bis dahin als puren Feind ihrer Lohnkämpfe und Gewerkschaftsorganisationen erlebt hatte, die ersten Ansätze einer rechts- und sozialstaatlichen Aufsicht über das Lohnarbeitsverhältnis als Zeichen dafür genommen, dass sie mit ihren Anliegen *in* diesem Staat nicht ganz fehl am Platz ist. Rechtliche Regelungen der Lohnarbeit (Arbeitszeit und -schutz, Sozialversicherung) hat sie nicht als Ausdruck davon begriffen, dass der Staat in der kapitalistischen Produktion den Nutznießern dieser Ordnung selbst noch das aufherrschen muss, was das Mittel ihrer Profitmacherei überhaupt auf Dauer erhält – ein paar elementare Rücksichten auf die Überlebensbedürfnisse der Arbeiterklasse. Gegen den Schluss, dass es der *Staat* mit seinem Recht und seiner Gewalt ist, der diese Produktionsweise mit ihren arbeiterfeindlichen Interessen durch den Schutz des Eigentums *etabliert und am Leben hält*, mit seiner Ordnung also all das Elend *erzeugt*, das er im zweiten Schritt dann eventuell abmildert, auf alle Fälle aber wirtschafts- und staatsnützlich betreut, hat sie die diesbezüglichen Aktivitäten lieber als

² Zum Mitglied einer Nation wird man im Normalfall geboren – als Untertan einer Staatsgewalt, die den neuen Menschen zu ihren Bürgern zählt. »Werden« kann man es nicht aus freiem Entschluss, sondern nur ausnahmsweise, auf der Basis staatlicher Erwägungen und strenger Zugangsvoraussetzungen, die das Misstrauen in die defizitäre Loyalität des neuen Bürgers ausdrücken. Vgl. dazu Stichwort Integration, GS 4/2006.

³ Ein interessantes Zeugnis für die entsprechenden Auseinandersetzungen in der deutschsprachigen Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts liefern die Schriften von Josef Strasser (»Der Arbeiter und die Nation«, 1912) oder Anton Pannekoek (»Klassenkampf und Nation«, 1912), beide nachzulesen in der deutschen Ausgabe des Marxistischen Internet-Archivs (MIA).

(vermeintlich) bessere »soziale« Seite des Staats begriffen. (Ausführlich dazu Decker/Hecker 2002: 29ff.)

Auch wenn sich sozialdemokratische und radikal-sozialistische Parteien in der Folge noch darin unterschieden haben, dass die einen »auf dem parlamentarischen Weg« eine genügend große Änderung des existierenden Staats für möglich, während die anderen immer noch einen regelrechten Umsturz der politischen Verhältnisse für notwendig gehalten haben – in einem sind sich »Reformisten« und »Revolutionäre« insofern ziemlich einig gewesen: in der Auffassung nämlich, *Staatlichkeit* überhaupt könne ganz anders und besser aussehen als der bis dato herrschende »Ausschuss der Bourgeoisie«. Die sozialdemokratischen Parteien versuchten seitdem, die Interessen der Arbeiterschaft in den demokratischen Parlamenten damit zu befördern, dass sie für Rechte und sozialstaatliche Betreuung dieser sozial benachteiligten Klasse kämpfen. Die sozialistisch-kommunistischen Parteien haben da, wo ihr Kampf erfolgreich war, realsozialistische Staatswesen organisiert, in denen den Arbeitern nach Beseitigung der bourgeoisen Ausbeuterklasse ein für allemal die ihnen zustehende Gerechtigkeit widerfahren sollte. Die ursprünglich präsente Vorstellung davon, dass staatliche Gewalt überflüssig wird, wo kein Klassengegensatz mehr existiert, der gewaltsam im Zaum gehalten werden muss, dass also in einer sozialistischen Gesellschaft »der Staat abstirbt« – diese eher kritische Ansicht über die Staatsgewalt hat sich immer mehr verloren zugunsten eines *Lobs* der Leistungen, die eine sozialstaatliche bzw. sozialistische Staatsgewalt erbringt. Am Ende ist eine vernebelt moralische, im sozialistischen Alltag von den Idealisten der Partei mit Inbrunst vor-, vom Rest eher opportunistisch taktierend nachgelebte Idee übergeblieben: Dann, wenn die sozialistischen Individuen sämtliche egoistisch-kleinbürgerlichen Antriebe *in sich* besiegt haben und sich ganz und gar eins wissen mit den Anliegen der sozialistischen Gemeinschaft, dann also, wenn jeder sich sozusagen zu einem Staat im Kleinen fortentwickelt hat, kann der Staat verschwinden.

- Diese Konsequenzen sind natürlich nicht dem kurzen, schlechten Satz im »Kommunistischen Manifest« geschuldet und auch nicht der fehlenden Staatskritik von Marx und Engels. Es verhält sich umgekehrt. Die sozialistisch-kommunistische Bewegung hat mehrheitlich trotz ihrer Kritik der kapitalistischen Ökonomie *politisch* weiter in den Kategorien von »guter Herrschaft« gedacht und gehandelt. Sie hat gegen die Klassengesellschaft und ihre Resultate opponiert; sie hat die unterdrückten Klassen aufgerufen, in ihrem Elend auf »kein höheres Wesen« zu vertrauen und sie hat die jeweils existierende, *arbeiterfeindliche* Haltung des Staats, mit dem sie es zu tun hatte, angeprangert. Aber *Staat* hat sie sich gleichzeitig auch *anders, idealer* vorstellen können – reformiert-sozialstaatlich oder gar sozialistisch-volksdemokratisch, auf alle Fälle eben *gut* fürs bis dahin geschundene *Volk*. In diesem Punkt ist die Kritik der kommunistischen Bewegungen bis zum heutigen Tag weitgehend *idealistisch* geblieben. (Rühmliche Ausnahme: Resultate der Arbeitskonferenz 1979)

Zu diesem Standpunkt hat sich die kommunistische Opposition umso mehr vorgearbeitet, je mehr ihr in ihrem Kampf gegen nationale Bourgeoisie und Staatsgewalt als Gegner auch noch die *entgegen* getreten sind, deren Interessen sie eigentlich vertreten wollte. Die ausgebeuteten und unterdrückten Massen haben sich in ihrer großen Mehrheit als *Volk* präsentiert, d.h. als Menschen, die sich abhängig wissen von einer über ihnen stehenden Herrschaft, dieses *Gewaltverhältnis* für eine quasi-*natürliche* Lebensbedingung halten, sich eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse bestenfalls in Form einer *fürsorglichen* Herrschaft vorstellen und die *eigene* auf alle Fälle besser leiden können als jede auswärtige. Bei den Kommunisten, die zum Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse anstacheln wollten, hat sich dieses Volk dementsprechend vor allem danach erkundigt, ob es denn auch in Zukunft mit einer anständigen Ordnung rechnen dürfe und auf seine patriotischen Gefühle hingewiesen, zu denen der vaterlandslose Internationalismus schlecht passe. In Bausch und Bogen kritisieren wollten die Arbeiterparteien diese Anträge auf Dauer nicht – das hätte *sie* ganz und gar ins gesellschaftliche Abseits gestellt und ihre Position noch mehr marginalisiert – und wegen ihrer eigenen, euphemistisch gesagt, unvollkommenen Staatskritik konnten sie es auch gar nicht richtig. So hat das Bedürfnis, die arbeitenden Massen *mit* ihren *staatsbürgerlich-patriotischen* Gedanken für die eigene Bewegung zu nutzen, die staatsidealistische Seite der kommunistischen Bewegung weiter verstärkt.

In diesem Kontext gibt es zwei wesentliche historische Wendepunkte. Der eine liegt in der Entscheidung der europäischen Arbeiter und eines Großteils ihrer Parteien, im Ersten Weltkrieg gegen ihre proletarischen Klassenbrüder und für ihre Nationen zu kämpfen. Das war der zu seinem bitteren Ende gebrachte Fehler, aus der eigenen Abhängigkeit *von* ein Eintreten *für* den Staat, in den es einen verschlagen hat, zu machen. Die kurz darauf stattfindende russische Revolution, deren

bolschewistische Führer am Anfang noch fest davon ausgingen, dass ihr kommunistisches Projekt nur dann überleben könne, wenn es durch eine Welt- (mindestens aber europäische) Revolution unterstützt würde, sah sich in der Folge damit konfrontiert, dass ausgerechnet die Sozialdemokratien Westeuropas umsturzwillige Arbeiter bekämpften und für den Fortbestand kapitalistischer Staaten sorgten. Von der bürgerlichen Staatenwelt wurde das neue kommunistische Gebilde als nicht hinnehmbarer Unfall bekämpft; das Gebiet der Sowjets (Räte) wurde so behandelt, als müsse eine Art von »Schurkennation« aus der Welt geschafft werden. Ähnlich wie in heutigen Tagen griff man daher sowohl zu direkten militärischen Interventionen, überfiel die junge Sowjetunion von allen Seiten mit amerikanischen, britischen, deutschen Armeen. Und man unterstützte all jene, die wegen ihrer feudalen Stellung, ihren bourgeoisen Interessen oder ethnischen Gegensätzen bereit waren, gegen die rote Macht in den Bürgerkrieg zu ziehen. Alle Bewohner, gleichgültig wie sie zum Programm der Bolschewiki und ihren Versprechen von »Land und Frieden« standen, wurden in diesen Krieg hineingezogen. Das sorgte allerdings umgekehrt dafür, dass ein Teil der Betroffenen durchaus auch aus patriotischen Gründen zur neuen kommunistischen Regierung überlief. Auf dem Unterschied zwischen der Verteidigung ihrer Revolution und der der russischen Nation wollten die Bolschewiki in ihrer Not nicht kleinlich herumreiten; so aber wurde aus dem *Opportunismus* vorrevolutionärer Zeiten so etwas wie ein bewusst eingesetzter *Hebel*. Damit beginnt die zweite historische Wende.

Lenin machte in diesem Sinne die Politik gegenüber den vom Zarismus unterdrückten Völkern zu einem konstruktiven Element der neuen Verfassung. Diese wurden als politisch autonome Einheiten in die »Union der sozialistischen Sowjetrepubliken« (UdSSR) aufgenommen. Sie erhielten damit die Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer nationalen Besonderheit, die ihnen das alte Russland stets verweigert hatte. Ideologisch rechtfertigte Lenin das als neue Art von Klassenkampf, der bei rückständigen Völkern zunächst in ihrer nationalen Frage zu führen sei. Stalin vollendete diese zweite Wende, indem er mit seinem »Sozialismus in einem Land« dann auch offiziell Abschied nahm vom revolutionären Internationalismus. So sehr auch das ein offensichtliches Notprogramm war angesichts des Nationalismus, den die Arbeiterklassen Westeuropas an den Tag legten, so wenig wollte die sowjetische Politik diesen Tatbestand, für den sie nicht verantwortlich war, einfach eingestehen. Der von einem kommunistischen Gedanken aus auf der Hand liegende *Mangel* eines »Sozialismus in einem Land« wurde vielmehr umgedeutet und überhöht in die Vorstellung, in der Sowjetunion hätten die Proletarier ihr Vaterland gefunden. Das war einerseits Auftakt dazu, den Internationalismus auswärtiger Kommunisten auf harte Bewährungsproben zu stellen (vgl. Stalins Chinapolitik). Andererseits hat gerade die Außenpolitik der sich konstituierenden Sowjetunion in der kommunistischen Weltbewegung Kategorien wie die vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das als eine Art Klassenkampf unter imperialistischen Bedingungen aufzufassen sei, üblich und salonfähig gemacht. Auf den Gedanken, dass sich sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaften zusammenschließen, dass vorgefundene Staatsgrenzen zwischen ihnen jedenfalls nichts zu suchen haben, ist nach dem Zweiten Weltkrieg kein führender Kommunist mehr verfallen – auch nicht in der Sowjetunion selbst. Die UdSSR hat sich einen Sicherheitskordon mit befreundeten sozialistischen *Staaten* geschaffen und die beiden kommunistischen Parteiführer, die sich aus eigener Kraft in ihren Ländern durchgesetzt haben – Tito und Mao – haben einen *Anschluss* an das Vaterland aller Werktätigen nach allem, was von ihnen bekannt ist, nicht eine Sekunde lang erwogen.

4. Auch bei der chinesischen KP bezeugt der Widerspruch, sich gleichzeitig als kommunistische Revolutionäre *und* chinesische Nationalisten aufzustellen, dass diese Partei sich sowohl ihren Kommunismus wie ihren Nationalismus umgedeutet und so vereinbar gemacht hat. Den kommunistischen Teil ihres Programms, die Beseitigung von Armut und Elend, denken sich offensichtlich auch diese Kommunisten *staatsidealistisch*; sie verstehen darunter weniger die *Beseitigung* von Herrschaft als die Begründung eines sozial(istisch)en *Staatswesens*, das sich endlich wirklich seinem Volk verpflichtet weiß statt für die Bereicherung der herrschenden Klasse zu sorgen. Ein solches alternatives Staatsprogramm setzt voraus, dass China von den auswärtigen Imperialisten befreit wird. Das begründet aus Sicht der KP ihren anti-imperialistischen Kampf um die Wiederherstellung nationaler Einheit und Souveränität. Auch diesen nationalen Teil ihres Programms denken die Kommunisten *idealistisch*. Die Nation, um die sie kämpfen, stellen sie sich nicht als das vor, was Nation gemeinhin ist: der beschönigende Titel einer Klassengesellschaft, in der der Staat mit seiner Gewalt dem Eigentum Geltung verschafft und in der Gemeinwohl nichts anderes bedeutet als der dauerhaft gesicherte Vorteil der Eigentümer auf Kosten des Rests der Gesellschaft. Die neue, von

auswärtigem Einfluss befreite Nation, das sozialistische China, das sie erst schaffen wollen, soll vielmehr Bedingung und Garant dafür sein, dass alle gesellschaftlichen Kräfte vereint die Produktivkräfte in dem rückständigen Land entwickeln und so einen für *alle* nützlichen Staat zustandebringen. Insofern füllen die chinesischen Kommunisten die dunstige Floskel von Nation mit einem neuen, fortschrittlichen Inhalt – anders gesagt: Sie wollen Ernst machen mit der Ideologie der Gemeinschaftlichkeit, die in Nation enthalten ist. Sie gehen davon aus, dass auch Grundeigentümer und Fabrikbesitzer *als chinesische Patrioten* an Modernisierung und Fortschritt des Landes interessiert sein müssten und wollen diese praktisch verpflichten auf *ihre* volksfreundliche Interpretation. Während die ideologische Wirkung des nationalen Gedankens also normalerweise darin besteht, die Geschädigten einer Klassengesellschaft auf Opfer für den Erfolg des großen Ganzen festzulegen, dessen Wahrheit im Nutzen der herrschenden Klasse und ihres Staats besteht, dreht die chinesische KP dieses Verhältnis um. Sie meint einen für die Mehrheit nützlichen Staat, tritt damit *gegen* die Nutznießer der bisherigen Ordnung an und will diese *als chinesische Patrioten* für ihre neue Gesellschaft gewinnen.

Die chinesischen Kommunisten nehmen also kein taktisches Verhältnis zur nationalen Frage ihres Landes ein. Ganz im Gegenteil glaubt diese Partei ernsthaft an ihre historische Sendung, vor der die bürgerliche Regierung ihrer Ansicht nach auf breiter Front versagt. Weil die Guomindang darauf setzt, Finanzprobleme mit ausländischen Anleihen zu regeln und deshalb *keinen Bruch* mit dem Ausland riskieren will; weil ihre Führungskräfte aus der Klasse reicher Chinesen stammen, sie die nationale Reichtumsproduktion also nicht strikt in den Dienst einer nationalen und sozialen Entwicklung des Landes stellen, sondern für *private Bereicherung* »miss«brauchen; weil die *Verflechtung* der GMD mit der Klasse der Großgrundbesitzer auch eine Landreform in weite Ferne rückt, sind die *Kommunisten* nach eigener Einschätzung die einzigen, die wirklich die *nationale* Befreiung erkämpfen wollen und können – und auf dieser Basis dann die fällige *soziale* Revolution.⁴

5. In diesem Sinne kämpft die chinesische KP also tatsächlich und ernsthaft für das Projekt eines *nationalen Kommunismus* oder einer *kommunistischen Nation*. Für sie ist das kein praktizierter Widerspruch, sondern eine für beide Seiten – Nation wie Kommunismus – ebenso notwendige wie nützliche Verknüpfung. Die Gleichsetzung, zu der sich die sowjetischen Kommunisten seit der Oktoberrevolution mehr oder weniger mühsam hingearbeitet haben, ist bei den chinesischen Kommunisten also der Ausgangspunkt ihrer Politik. In den knapp 30 Jahren der sozialistischen Volksrepublik macht sich der Widerspruch dieser Idee allerdings praktisch immer mehr geltend. Am Ende führt er dazu, dass »das Nationale« über »das Kommunistische« des ursprünglichen Programms *siegt*.

Nation beinhaltet notwendig ein Verhältnis der *Abgrenzung* und damit auch der *Konkurrenz* nach außen – sonst hätte die Nation als Besonderheit kein Existenzrecht. Wie Nation selbst kann auch diese Konkurrenz idealistisch-volksfreundlich gedacht werden, etwa in dem Sinne, dass sozialistische Staaten nicht mit Profitbilanzen, sondern mit der Versorgung ihrer Menschen und tollen Alphabetisierungsraten glänzen – und eben das haben die chinesischen Kommunisten auch zunächst getan. Nichtsdestotrotz ist damit das Anliegen in der Welt, als Nation teilzuhaben an einem Wettbewerb um Anerkennung und Positionen – in der gesamten Staatenwelt, im sozialistischen Verband der Bruderländer, unter den Entwicklungsländern usw. Maos neues China hat sich der Welt von Anfang an als *anspruchsvolle* Nation präsentiert, die mit ihrer neuen sozialistischen Gesellschaft die Jahre ihrer imperialistischen Unterdrückung schnell und eindrucksvoll überwinden will. Der darin enthaltene nationale Ehrgeiz tritt allerdings ziemlich schnell in Widerspruch zu dem, was die sozialistische, volksfürsorgliche Seite des Projekts ausmacht – dies ist an den einzelnen Etappen der maoistischen Kampagnen deutlich nachzuvollziehen, vor allem natürlich am legendären »großen Sprung nach vorne«. Immer mehr ist den chinesischen KP-Führern offenbar klar geworden, dass die wirkliche Konkurrenz der Nationen, an denen die sozialistische Volksrepublik sich durchaus messen wollte, nicht als Kampf um die größtmögliche Volksbeglückung funktioniert, sondern mit *Geld und Waffen* ausgetragen wird. Dass sie mit ihrem Nationalkommunismus in dieser realen Konkurrenz

⁴ Diese Ansicht wird übrigens von einer ganzen Reihe westlicher Beobachter geteilt, die – wie etwa Edgar Snow – keineswegs Freunde kommunistischer Politik, wohl aber »Freunde Chinas« sind und denen auf Grund ihrer Kenntnisse der chinesischen Verhältnisse klar ist, dass die Guomindang-Politiker »keine Rettung für China« darstellen.

nichts auszurichten vermochten und all ihre sozialen Errungenschaften dafür wenig hergegeben haben, hat ihnen dann so zu denken gegeben, dass sie nach nicht einmal 30 Jahren lieber ihren *Kommunismus* für ihren nationalen Erfolg weggeworfen haben als umgekehrt ihrer sozialistischen Volksfürsorge zuliebe das Programm einer weltweit erfolgreichen chinesischen *Nation* sein zu lassen.

Aus: Renate Dillmann, China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht. 3. Aufl., Hamburg 2009